

Von der Teilung bis zur Wiedervereinigung Deutschlands

Geschichte im Spiegel der Briefmarken

Rudolf Heitefuss

Das Kriegsende 1945 brachte den Zusammenbruch des Deutschen Reiches. Große Teile des Reichsgebietes im Osten gingen verloren. Die amerikanische, britische, französische und sowjetische Zone wurden gebildet. Berlin kam unter den Viermächtestatus, umgeben von der Sowjetzone. Schon bald setzte jedoch der Ost-West-Konflikt ein. 1947 vereinigten Amerikaner und Briten ihre Besatzungsgebiete zur Bizone, die französische Zone kam dazu. Am 20. Juni 1948 führten die Westalliierten in ihren Zonen die Währungsreform durch. Das ließ den Konflikt mit der Sowjetmacht eskalieren, die in ihrer Zone mit einer Währungsreform nachzog und den freien Zugang zu Berlin blockierte. Die Alliierten antworteten auf die Berliner Blockade mit der Luftbrücke, mit der die Stadt vom 24. Juni 1948 bis zum 27. August 1949 ausschließlich aus der Luft mit allem Lebensnotwendigen versorgt werden musste

Am 23. Mai 1949 erfolgte die Gründung der **Bundesrepublik Deutschland**. Seit Herbst 1948 hatte ein Parlamentarischer Rat mit der Erarbeitung des Grundgesetzes die Voraussetzungen dazu geschaffen und zu Gunsten von Bonn als künftiger Hauptstadt entschieden. Am 14. August 1949 erfolgte die Wahl des ersten Deutschen Bundestages, die eine knappe Mehrheit für die CDU / CSU brachte. In der ersten Sitzung des Bundestages am 7. September 1949 wurde Theodor Heuss zum ersten Bundespräsidenten gewählt, drei Tage später Konrad Adenauer mit knapper Mehrheit zum Bundeskanzler.



1. Bundestag
der Bundesrepublik
7. September 1949



Konrad Adenauer
erster Bundeskanzler



Theodor Heuss
erster Bundespräsident



Bundestagssitzung
Bonn



Luftbrücke Berlin
24. 6.1948 - 27.8.1949



Bundestagssitzung
Berlin

Schon bald darauf folgte im sowjetischen Teil Berlins für die Sowjetzone die Gründung der **Deutschen Demokratischen Republik**. Am 7. Oktober 1949 erklärte sich der Ostberliner Volksrat zur Provisorischen Volkskammer. Am selben Tag wurde mit der Inkraftsetzung der bereits vorbereiteten Verfassung die DDR gegründet. Wilhelm Pieck wurde zum ersten Präsidenten gewählt, Otto Grotewohl zum Ministerpräsidenten. Damit war die Teilung Deutschlands in zwei Staaten vollzogen.

In der Sowjetzone waren schon vorher entscheidende politische Veränderungen durchgeführt worden. 1945 begann die entschädigungslose Enteignung der Landwirte mit mehr als 100 ha Betriebsfläche unter dem Schlagwort „Junkerland in Bauernhand“. Zusätzlich wurden auch kleinere Betriebe enteignet, deren Besitzer in der Partei waren oder denen andere Vergehen vorgeworfen wurden. Zahlreiche Betroffene verließen die Sowjetzone und gingen in den Westen. Die freigewordenen Flächen wurden Landarbeitern oder Flüchtlingen zugeteilt, es entstanden Kleinbetriebe von je etwa 10 ha. Etwa 30% des Bodenreformlandes wurden in Staatsbesitz, d.h. in „Volkseigene Güter“ überführt. Es zeigte sich jedoch, dass die meisten der Kleinbetriebe unwirtschaftlich und nicht lebensfähig waren. Daher kam es ab 1952 zunächst „freiwillig“, dann zwangsweise zum Zusammenschluss der Kleinbetriebe und der verbliebenen Privatbetriebe zu Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften „LPGs“ unterschiedlichen Typs.



Wilhelm Pieck



Junkerland in Bauernhand



Bodenreform

In der **Bundesrepublik** setzte nach der Währungsreform das sogenannte „Wirtschaftswunder“ ein. Plötzlich waren die Geschäfte wieder mit Waren gefüllt. In den USA wurde im April 1948 vom Kongress der Marschallplan beschlossen, der wirtschaftliche Hilfeleistungen an Europa im Wert von 12,4 Milliarden US Dollar ermöglichte. Ende 1950 wurde der Abbau von Industrieanlagen beendet, die als Reparationsleistungen an die Siegermächte gegangen waren. Die „Soziale Marktwirtschaft“ bot günstige Bedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung. Am 5. Mai 1955 hoben die Alliierten das Besatzungsstatut auf, die Bundesrepublik wurde im Bereich des Grundgesetzes souverän. Allerdings galt weiter das Vorbehaltsrecht der Verbündeten für Deutschland als Ganzes und Berlin. 1955 begann die Aufstellung der Bundeswehr, im selben Jahr erfolgte der Beitritt der Bunderepublik zur NATO.



Marschallplan



30 Jahre Bundeswehr 1985

In der **DDR** setzte man ausschließlich auf die „Planwirtschaft“, ein erster „Fünfjahresplan“ gab 1951 entsprechende Ziele vor. Verstärkte ideologische Repressionen und Erhöhung der Arbeitsnormen führten am 17. Juni 1953 zum Volksaufstand, der in Berlin begann und sich auf andere Landesteile ausweitete. Durch das Eingreifen der in der DDR stationierten sowjetischen Truppen wurde der Aufstand blutig niedergeschlagen. In der Bundesrepublik wurde der 17. Juni daraufhin zum gesetzlichen Feiertag bzw. Gedenktag, dem „Tag der Deutschen Einheit“ erklärt. Das Zentralkomitee ZK der SED bezeichnete den Volksaufstand als einen vom Westen gelenkten „faschistischen Putsch“. 1954 gewährte die Sowjetunion der DDR die Souveränität. Am 18. Januar 1956 beschloss die Volkskammer die Aufstellung der Nationalen Volksarmee NVA, Einheiten der kasernierten Volkspolizei bildeten den Grundstock. Die DDR trat dem Warschauer Pakt bei. Nach dem Tode Stalins 1953 setzte im Ostblock unter Chruschtschow eine gewisse „Tauwetterperiode“ ein, die jedoch mit der Niederschlagung des Volksaufstandes in Ungarn 1956 wieder endete. In der DDR wurden die Bemühungen zum „Aufbau des Sozialismus“ verstärkt, entsprechende Repressionen führten dazu, dass die Anzahl der Republikflüchtlinge immer weiter anstieg. Allein in den ersten beiden Augustwochen 1961 verließen über 47 000 Menschen die DDR.



Tag der deutschen Einheit



Volksaufstand 1953



10 Jahre DDR

Um die massenhafte Abwanderung zu verhindern, beschloss die DDR Führung die Schließung der Grenzen. In der Nacht vom 12. Zum 13. August 1961 wurde die Grenze rings um Westberlin mit Stacheldraht abgeriegelt und von Volkspolizei und Volksarmee gesichert. Es entstand die Berliner Mauer mit immer perfekteren Sicherungsanlagen, die sich bald auf die gesamte Grenze zwischen der DDR und der Bundesrepublik erstreckten. Das von der DDR Propaganda als „antifaschistischer Schutzwall“ bezeichnete Sperrsystem sollte bis 1989 bestehen bleiben. Zahlreiche Menschen verloren das Leben bei dem Versuch, die Mauer zu überwinden.

In den Folgejahren kam es zu einer gewissen Verbesserung der Bedingungen in der DDR, die Wirtschaftspolitik orientierte sich auf eine Erhöhung des Lebensstandards. 1971 wurde der Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht zum Rücktritt gezwungen, Erich Honecker wurde sein Nachfolger.



Walter Ulbricht



40 Jahre Grenztruppen



Kampfgruppen
der Arbeiterklasse



Jahrestage zur Errichtung der Berliner Mauer als „antifaschistischer Schutzwall“

In der **Bunderepublik** übernahm mit Willy Brandt als Kanzler eine sozialliberale Koalition von SPD und FDP die Regierung. Mit seiner „neuen Ostpolitik“ setzte er auf das von Egon Bahr geprägte Motto „Wandel durch Annäherung“. Im 1973 mit der DDR abgeschlossenen Grundlagenvertrag wurden u. a. Erleichterungen im Grenzverkehr beschlossen, die z.B. 24-Stunden Besuche von Bundesbürgern in der DDR über entsprechende Grenzübergänge ermöglichten. Beide Staaten wurden Mitglieder der UNO. Willy Brandt trat 1974 wegen der Spionageaffäre Guillaume zurück. Helmut Schmidt als Nachfolger hatte mit Wirtschaftskrise, zunehmender Arbeitslosigkeit und RAF Terror zu kämpfen. Die SPD/FDP Koalition brach 1982 auseinander. Helmut Kohl wurde Bundeskanzler.

In den ersten Jahren seiner Amtszeit setzte Kohl den noch unter Helmut Schmidt gefassten NATO Doppelbeschluss durch. Er bemühte sich vor allem um ein gutes Verhältnis zu Frankreich und dessen Staatspräsident Mitterand. Bei der Bundestagswahl 1987 wurde Kohl im Amt bestätigt. Im September 1987 besuchte Erich Honecker als erster Staatschef der DDR die Bundesrepublik und traf in Bonn mit Kohl zusammen, der im selben Jahr eine inoffizielle, private Reise in die DDR unternahm.



40 Jahre DDR



40 Jahre Bundesrepublik

Die **DDR** geriet in den 80er Jahren zunehmend in wirtschaftliche Schwierigkeiten. Die Zahlungsunfähigkeit konnte 1983/84 nur durch westdeutsche Milliardenkredite,

eingefädelt durch Franz Josef Strauß, abgewendet werden. In der Sowjetunion wurde 1985 Michael Gorbatschow zum Generalsekretär gewählt. Mit den Konzepten „Glasnost“ (Offenheit) und „Perestroika“ (Umstrukturierung) leitete er eine neue Periode der Politik ein, die den Ländern des Ostblocks größere Freiheiten brachte und schließlich auch die deutsche Wiedervereinigung ermöglichte.

In der DDR wurden am 7. Mai 1989 Kommunalwahlen abgehalten, bei denen massive Wahlfälschungen zu Gunsten der Einheitsliste nachgewiesen wurden. Es kam zu Protestaktionen und Verhaftungen, die Unruhen im Lande nahmen zu. Im Sommer 89 fuhren zahlreiche Bürger der DDR nach Ungarn in Urlaub. Die Hoffnung, hier eine Möglichkeit zur Ausreise zu finden erfüllte sich, als am 11. September die Grenze Ungarns zu Österreich geöffnet wurde. Binnen weniger Stunden flohen Tausende nach Österreich und in die Tschechoslowakei. Die Botschaft der Bundesrepublik in Prag wurde von Flüchtlingen überfüllt. Am 30. September konnte Hans Dietrich Genscher die stürmisch bejubelte Genehmigung zur Ausreise verkünden. In mehreren Sonderzügen gelangten die Flüchtlinge über die DDR in die Bundesrepublik. Bei einem kurzen Aufenthalt im Dresdener Bahnhof kam es zu Sympathiekundgebungen und Unruhen. Am 7. Oktober 1989 fanden in Berlin die Feierlichkeiten zum 40. Gründungstag der DDR. Auch aus diesem Anlass gab es Proteste, Gorbatschow wurde bejubelt.



Die friedliche Revolution in der DDR 1989

Im Herbst 1989 begannen in der Nikolaikirche in Leipzig Friedensgebete, an die sich immer größer werdende Demonstrationen anschlossen. In Plauen war es schon am 7. Oktober zu einer großen Protestkundgebung gekommen, die noch mit Gewalt aufgelöst wurde. In Leipzig nahmen immer mehr Bürger an den Montagsdemonstrationen teil, am 16. Oktober waren es 160.000, eine Woche später 300.000. Die Rufe „Keine Gewalt“, „Wir sind das Volk“ und schließlich „Wir sind **ein** Volk“ wurden immer lauter. Am 18. Oktober musste Erich Honecker zurücktreten, Egon Krenz wurde sein Nachfolger. Am 4. November fand in Berlin auf dem Alexanderplatz die größte, nicht staatlich gelenkte, aber offiziell genehmigte Kundgebung mit schätzungsweise einer Million Teilnehmern statt. Vor allem Redner der Bürgerbewegungen kamen mit den Forderungen nach Reformen zu Wort.

Da die Proteste immer stärker wurden, beschloss das Politbüro des Zentralkomitees der SED eine Regelung für die ständige Ausreise aus der DDR zu erlassen. In einer öffentlichen, im Fernsehen übertragenen Pressekonferenz am 9. November gab Gün-

ter Schabowski, Mitglied des Politbüros, die neue Regelung bekannt, wonach „Privatreisen nach dem Ausland ohne Vorliegen von Voraussetzungen beantragt werden können, Genehmigungen werden kurzfristig erteilt.“ Auf die Frage eines Reporters „Wann tritt das in Kraft?“ antwortete Schabowski: „Nach meiner Kenntnis sofort, unverzüglich.“ Der Westdeutsche und Westberliner Rundfunk und das Fernsehen verbreiteten sogleich die Nachricht, die Mauer sei offen. Daraufhin zogen mehrere Tausend Ostberliner zu den Grenzübergängen und verlangten den Durchlass. Um 23.30 Uhr wurde die Übergangsstelle Bornholmer Straße unter dem Druck der Massen von den ratlosen Grenzern geöffnet, ca. 20.000 Menschen strömten in dieser Nacht nach Westberlin –und kamen zurück. Um Mitternacht waren alle Grenzübergänge in Berlin geöffnet, der große Ansturm setzte am 10. November ein. Eine begeisterte Menschenmenge feierte am Brandenburger Tor auf der Mauer, in ganz Berlin war der Jubel groß. „Wahnsinn“ war das Schlagwort. Auch die Übergänge zwischen der DDR und der Bundesrepublik wurden nach und nach geöffnet, ab dem 24. Dezember konnten Bundesbürger visumfrei in die DDR einreisen und machten regen Gebrauch davon.



Grenzöffnung am 9. November 1989

Nach dem Fall der Mauer war der Zug zur Wiedervereinigung kaum noch aufzuhalten. Am 13. November wurde Hans Modrow zum Vorsitzenden des Ministerrats der DDR gewählt. Am 28. November legte Helmut Kohl im Bundestag ein 10 Punkte-Programm zur Schaffung konförderativer Strukturen zwischen der Bundesrepublik und der DDR vor. Am 19. November besuchte Kohl Dresden. In einer Großkundgebung vor der Ruine der Frauenkirche dankte er den Bürgern der DDR für die „friedliche Revolution“ und nannte unter großem Jubel die deutsche Einheit als Ziel seiner Politik. Am 15. Januar 1990 stürmten aufgebrachte Bürger die Zentrale der Stasi in der Berliner Normannenstraße, um die Vernichtung der Akten zu verhindern. Die ersten freien Wahlen zu Volkskammer fanden am 18. März 1990 statt und brachten einen überwältigenden Sieg der CDU-nahen Allianz für Deutschland. Lothar de Maiziere wurde zum Ministerpräsidenten einer Koalitionsregierung von Allianz, SPD und Liberalen gewählt. Am 17. Juni beschloss die Volkskammer den Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der Bundesrepublik und damit die Einführung der DM zum 1. Juli 1990. Am 20. September stimmten die Volkskammer und der Deutsche Bundestag dem Einigungsvertrag und damit dem Beitritt der DDR zur Bunderepublik gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes zu. Der Vollzug der staatlichen Einheit Deutschlands fand in feierlicher Form am 3. Oktober 1990 vor

dem Reichstagsgebäude statt und wurde von einer großen Menschenmenge mit einem bunten Feuerwerk gefeiert. Der „Tag der Deutschen Einheit“ ist seitdem gesetzlicher Feiertag, 2015 bereits zum 25. Mal.



10 Jahre



20 Jahre
Deutsche Einheit



25 Jahre

Literatur

- Wikipedia 2015
- 25 Jahre Wiedervereinigung,, Deutsch-deutsche Geschichte im Spiegel der Briefmarken . Verlag Richard Borek, Braunschweig, 2014